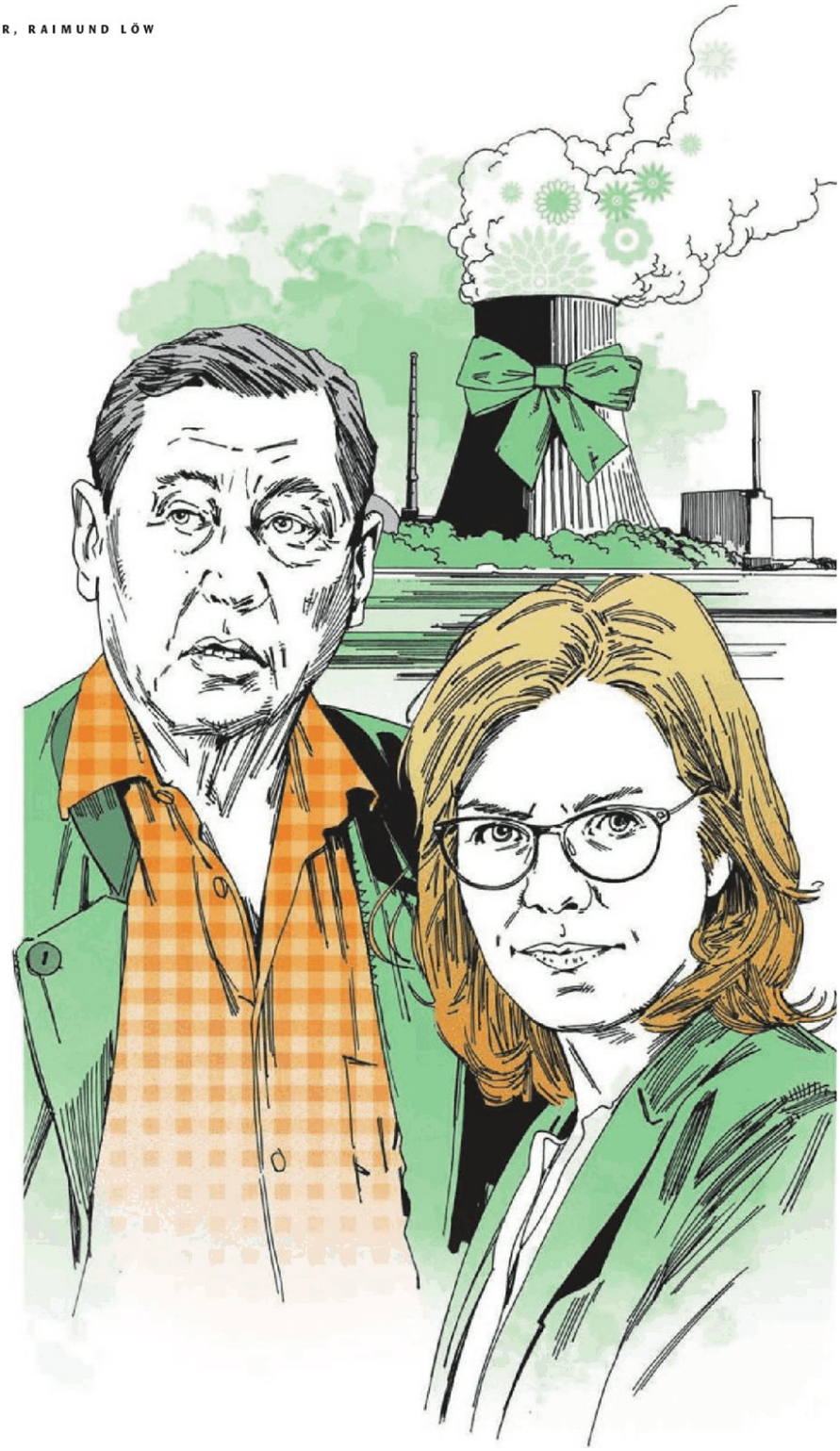
FALTER
title: **Falter**
issue: **05/2022**
page: **43-45**

„Wo Grün draufsteht, muss auch Grün drin sein“

„Atomkraft? Nein danke“ war lange Österreichs Credo. Sollte man diese Position überdenken? Ja, meint der Industrielle Hannes Androsch. Klimaministerin Leonore Gewessler hält dagegen

INTERVIEW: KATHARINA KROPSHOFER, RAIMUND LÖW
ILLUSTRATION: P.M. HOFFMANN



Hätten nur ein paar der 3,5 Millionen Menschen das Kreuz ein paar Millimeter weiter links gemacht, würde Österreichs Stromversorgung heute wohl anders aussehen. 50,47 Prozent und somit eine knappe Mehrheit stimmte 1978 in einer Volksabstimmung mit „Nein“ und somit gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf.

Der Rest ist Geschichte: Die „Atomkraft? Nein danke“-Sticker wurden Kult, Österreich positionierte sich gegen die Kernkraft, segnete das Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich ab, zwei weitere Kernkraftwerke entlang der Donau wurden daraufhin auch nicht gebaut.

44 Jahre später sind auf dem Dach des stillgelegten AKW Zwentendorf Solarmodule angebracht, geschützte Tier- und Pflanzenarten leben auf dem Kraftwerksareal, seit ein paar Jahren findet dort ein Hardcore-Musik-Festival statt.

Und Österreich ist nicht von Atomkraft abhängig geworden: Die Hälfte der Stromaufbringung kommt heute aus Wasserkraft. Das macht uns im EU-Vergleich mit 78,2 Prozent des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien sogar zum Rekordhalter.

Doch mit der totalen Ablehnung der Atomkraft steht Österreich EU-weit zunehmend alleine da: Europa will bis 2050 klimaneutral werden, der Erneuerbaren-Ausbau in manchen EU-Ländern stockt. Nun schlägt die EU-Kommission in einem Entwurf vor, auch Kernenergie und Erdgas als Brückentechnologie „grün“ zu kennzeichnen und so für Investoren attraktiv zu machen – eine Novelle der sogenannten Taxonomie-Verordnung (siehe Kasten Seite 45).

Atomkraft-kritische Länder wie Deutschland und Österreich wehren sich. Klimaministerin Leonore Gewessler (Grüne) wirft der Kommission Greenwashing vor und will sie nun sogar klagen. Der Industrielle Hannes Androsch (SPÖ) war während der Debatte rund um Zwentendorf gerade Vizekanzler und Finanzminister. Er plädiert dafür, Österreichs Position in dieser Diskussion noch einmal zu überdenken. Ein Streitgespräch.

Falter: *Herr Androsch, in Ihrem Buch „Was jetzt zu tun ist“ plädieren Sie dafür, die grundsätzliche Ablehnung der Atomkraft in Österreich zu revidieren. Hat sich Österreich durch die Abstimmung über Zwentendorf energiepolitisch auf einen falschen Weg begeben?*

Hannes Androsch: Sicher. Schon deswegen, weil wir verhindert haben, andere Energiequellen zu nutzen. Wir haben zum Beispiel die 380-kV-Leitung von Kaprun nach Salzburg nicht gebaut, die notwendig gewesen wäre, um Wasserstrom aus dem Westen nach Ostösterreich bringen zu können. Wir sind also darauf angewiesen, Atomstrom aus Temelín (Kernkraftwerk in Tschechien,

Fortsetzung nächste Seite

META Communication International
Zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.
Anfragen zu weiteren Nutzungsrechten an den Verlag oder Ihren Medienbeobachter

FALTER
title: **Falter**
issue: **05/2022**
page: **43-45**

Fortsetzung von Seite 43

Anm.) zu beziehen. Gleichzeitig behaupten wir, dass wir atomstromfrei sind, weil wir Wasserkraftzertifikate aus dem Ausland zukaufen. Wir sind ein Paradebeispiel für Greenwashing. Die Atomkraft ist nicht der Königsweg, aber eines der Mittel, um endlich die Erderwärmung einzudämmen.

Frau Ministerin, wenn fossile Energieträger in Europa abgebaut werden, entsteht eine Lücke. Ist Österreich mit der kompromisslosen Haltung, auf keinen Fall Atomkraft zu verwenden, um diese zu füllen, nicht dogmatisch?

Leonore Gewessler: Österreich hat vor mehr als 40 Jahren eine zukunftsweisende Entscheidung getroffen. Wir verlassen uns nicht auf eine unsichere und gefährliche Technologie, die ihre Probleme nach wie vor nicht gelöst hat. Das ist die Atomenergie. Wir haben im EU-Vergleich den höchsten Anteil an erneuerbaren Energien im Strombereich. Und wir haben jetzt das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz auf den Weg gebracht, mit dem wir den Weg für eine saubere und klimafreundliche Zukunft geebnet haben und die heißt 100 Prozent erneuerbare Stromproduktion bis 2030. Es ist die günstigere, die schneller verfügbare und die bessere Alternative. Auch Österreich hat in den letzten Jahrzehnten im Klimaschutz zu wenig getan. Aber wenn wir an andere Atomkraftwerke denken, die in Europa gerade im Bau sind – Olkiluoto in Finnland oder Flamanville in Frankreich –, hatten die Baubeginn 2005 und 2007. Man dachte, in vier Jahren sind sie am Netz. 15 Jahre später ist man noch immer unsicher, ob sie in den nächsten Jahren tatsächlich zur Stromproduktion beitragen werden. Diese Probleme gibt es bei den Erneuerbaren nicht.

In Finnland sind sogar die Grünen für die Atomkraft.

Gewessler: Wir sind 2022 in einer Position, die anders ist als vor 40 Jahren. Die Erneuerbaren haben eine rasante Kostenentwicklung hingelegt. Das ist der Kernkonflikt auf europäischer Ebene: Wohin fließt unser Geld? In eine sichere, unmittelbar verfügbare und gute Lösung? Oder geben wir unseren Kindern einen Rucksack ungelöster Probleme – von der Gefahr bis zur Endlagerungsthematik – mit?

Androsch: Tatsache ist, dass wir eine Energiepreisexplosion und eine Versorgungsgefährdung haben. Haushalte mit schwachem Einkommen können sich das nicht mehr leisten. Die Unternehmen haben eine Kostensteigerung, viel höher als etwa in Deutschland. Das gefährdet unsere Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit. Und Sie verkünden: Wir werden, wir werden, wir werden. Das sind Luftschlösser und in Luftschlössern kann man schlecht leben. So nach dem Motto von Pippi Langstrumpf: „Ich mach mir meine Welt, so wie sie mir gefällt. Zwei mal drei ist vier und drei ist neun." Wir brauchen statt Ankündigungen aber endlich Taten.

Gewessler: Da muss ich deutlich widersprechen, Herr Androsch. 2022 wird ein Rekordjahr in der Windenergie.

Das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz wurde 2021 beschlossen. Vorletzte Woche gab es aber Kritik von NGOs: Es fehlen noch Verordnungen, um es wirklich umzusetzen. Woran scheitert es?

Gewessler: Das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz wurde im Juli 2021 beschlossen, wir haben es in Rekordzeit mit der Europäischen Kommission notifiziert. Das heißt, wir haben Planungssicherheit für zehn Jahre. Auch für die Branche, die hier investieren will. In diesem Gesetz gibt es viele Verordnungen. Manche braucht es gleich, manche erst in ein paar Jahren und bei manchen wird sich zeigen, ob sie überhaupt nötig sein werden. Die ersten Verordnungen sind fertig, etwa die für die Erneuerbaren Energiegemeinschaften. Auch das ist ein Vorteil der Erneuerbaren: Wir können die Menschen an der Energiewende beteiligen. Und die Verordnung für die Investitionsförderung ist im Finale.

Aber wann werden diese Investitionen wirklich möglich und alle Verordnungen umgesetzt sein?

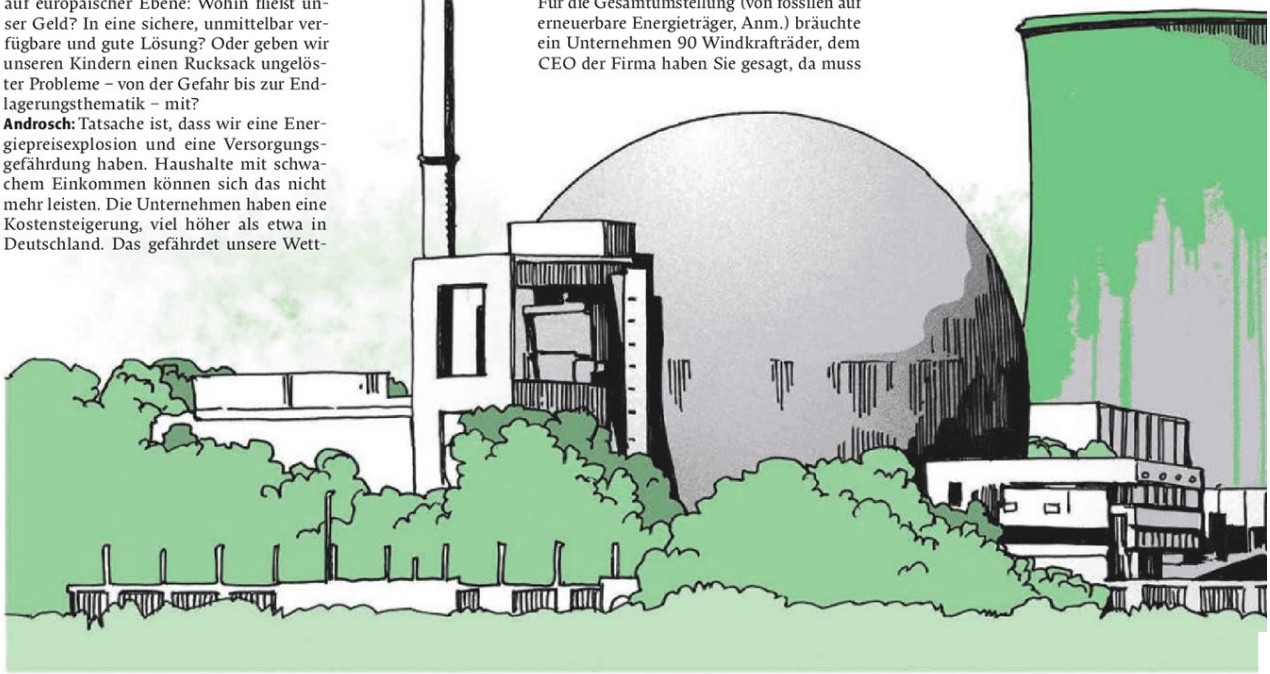
Gewessler: Es gibt jetzt auch Förderungen, etwa beim Klima- und Energiefonds. Mir war wichtig, dass es keine Förderpause gibt. Jede Person, die bauen will, kann das auf dem Hausdach mit Photovoltaik tun und einen Beitrag zur Energiewende leisten. Sobald der Umstieg möglich ist, läuft es über das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz.

Androsch: Ein Beispiel zu den Förderungen: Für die Gesamtumstellung (von fossilen auf erneuerbare Energieträger, Anm.) bräuchte ein Unternehmen 90 Windkraftträder, dem CEO der Firma haben Sie gesagt, da muss er sich selber kümmern. Ich kann Ihnen voraussagen und alle Fachleute würden das bestätigen: Wir werden das angepeilte Ziel – so wünschenswert und notwendig es wäre – so nicht erreichen. Die Bundesländer, in denen überhaupt noch Windräder aufgestellt werden können, haben schon gesagt: Nicht mehr bei uns. Der Widerstand wird immer größer. Die Zahl der Windräder hat in den letzten fünf Jahren nicht zugenommen, sondern sich verringert. Ich bin ja mit der Zielsetzung einverstanden, aber ich kann nicht nachvollziehen, das mit utopischen Zielvorstellungen erreichen zu wollen.

Gewessler: Es ist eine typische Diskussion: Wir beschäftigen uns beim Thema Energiewende immer damit, warum was nicht geht. Ich würde mir wünschen, wir würden das einmal umdrehen: Die 100 Prozent sind möglich – da können Sie von der Energieagentur abwärts viele Experten fragen. Was braucht es dazu? Erstens, einen stabilen Förderrahmen. Den haben wir geschaffen. Zweitens, Flächen. Da sind wir in einem guten Arbeitsprozess mit den Bundesländern. Und drittens, die Zustimmung der Menschen. Wir haben in Österreich zum Beispiel eine extrem hohe Zustimmung zur Windenergie.

Kommen wir noch einmal zur Taxonomie-Verordnung zurück: Österreich gehört zu den Staaten, die gegen Atomkraft sind. Die große Mehrheit der Mitgliedsstaaten möchte einen Mix haben, bei dem Atomkraft dazugehört. Dazu kommt, dass wir geopolitisch abhängig von der Gasversorgung aus Russland sind – mit einer momentan sehr unsicheren Situation. Was bringt es Österreich, mit einer solchen Härte gegen den Vorschlag der Kommission vorzugehen?

Gewessler: Schauen wir nach Frankreich, das abhängig von Atomenergie ist. Dort gehören die Energiepreise zu den höchsten in Europa. Sie machen sich zu Recht Sorgen



META Communication International
Zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.
Anfragen zu weiteren Nutzungsrechten an den Verlag oder Ihren Medienbeobachter

FALTER
title: **Falter**
issue: **05/2022**
page: **43-45**

über einen möglichen Blackout, weil der Großteil der Atomflotte derzeit nicht in Betrieb ist. Die Auseinandersetzung rund um die Taxonomie ist eine Frage der Energiepolitik. Da geht es nicht darum, zu sagen: Wie schaut der französische Energiemix aus, wie der deutsche oder der österreichische? Es geht darum: Wenn ich als Privater oder als Investor am Finanzmarkt Geld anlegen will, worauf kann ich mich verlassen? Dafür liefert die Taxonomie eine Grundlage: Was darf in einem grünen Fonds enthalten sein? Die Kommission schlägt jetzt vor, in diese Klassifizierung fossiles Erdgas, das klimaschädliches CO_2 und Methan verursacht, und Atomenergie aufzunehmen. Wir müssen klar sagen: Wo Grün draufsteht, muss auch Grün drinnen sein. Wenn ich mein Geld grün anlege, muss das auch dem Klimaschutz helfen. Die Abhängigkeit von fossilem Gas zu zementieren, hilft dem Klimaschutz sicher nicht.

Wenn China zehn Atomkraftwerke statt 1000 Kohlekraftwerke baut, würde das dem Klimaschutz aber vermutlich helfen. Das kann man in Bezug auf Polen oder Tschechien auch sagen.

Androsch: Im vergangenen Jahr hat Deutschland noch nie so viel Kohlestrom produziert und noch nie so viel CO_2-Ausstoß gehabt wie zuvor. Und das ist nicht nur russisches Gas, sondern das Kuddelmuddel der deutschen Energiepolitik. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass in den 40 Jahren seit Zwentendorf technologisch eine Menge passiert ist. Ich bin ja auch dafür, dass man etwa Ölheizungen umstellt. Aber das kostet. Und die Installateure sind voll ausgelastet. Jetzt die EU-Kommission zu klagen, Frau Bundesministerin, wird uns bis auf die Knochen blamieren. Wir werden isoliert dastehen in Europa, als Rumpelstilzchen. Ich kann diese antieuropäische Politik nicht verstehen.

Leonore Gewessler, 44, studierte Politikwissenschaft an der Uni Wien. 2006 wurde sie Büroleiterin des grünen Bezirksvorstehers Thomas Blimlinger, 2014 Chefin von Global 2000. Als Quereinsteigerin für die Grünen wurde sie 2020 Ministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

Hannes Androsch, 83, war Nationalratsabgeordneter für die SPÖ, schon mit 32 Finanzminister (1970 bis 1981) und Vizekanzler unter Bruno Kreisky – auch während der Causa Zwentendorf. In seinem Buch „Was jetzt zu tun ist" (2020, Brandstätter) plädiert der Industrielle für Digitalisierung und Dekarbonisierung

TRANSKRIPTION: MARIA MOTTER

ILLUSTRATION: P.M. HOFFMANN

Gewessler: Auch da muss ich stark widersprechen. Wir sind nicht isoliert, auch Deutschland ist zum Beispiel gegen die Atomenergie.

Deutschland wird aber nicht klagen.

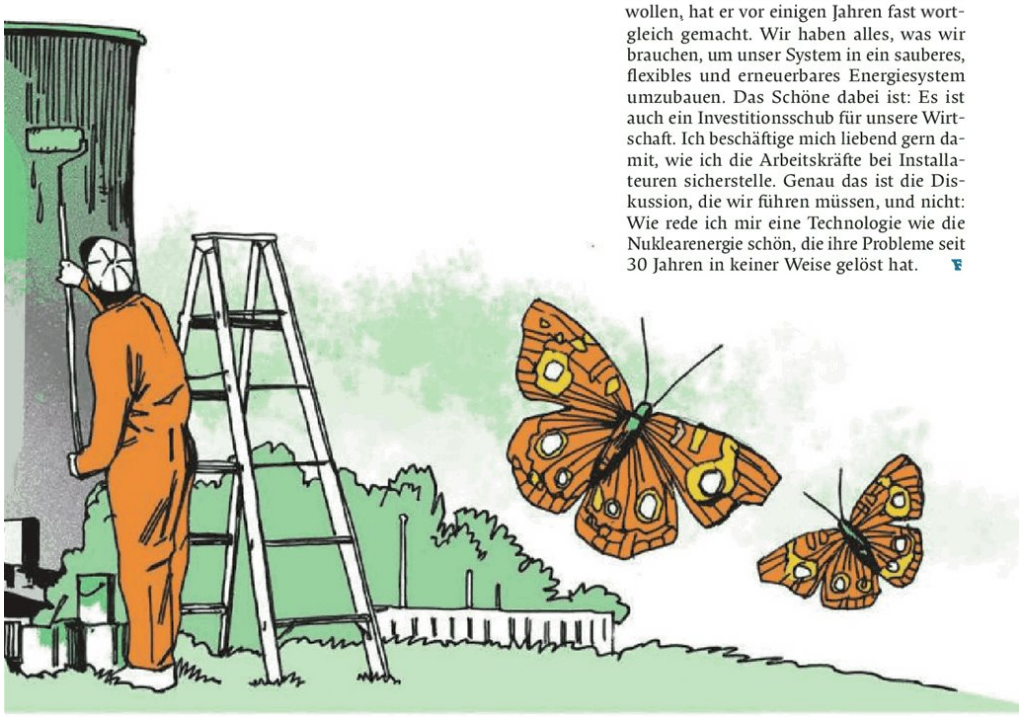
Gewessler: Deutschland hat sich die Schritte noch offengehalten, weil es darum geht, wie die Kommission tatsächlich vorgeht. Spanien, Dänemark, Luxemburg – es sind viele Länder, die das kritisch sehen, und zwar beides: fossiles Erdgas und Atomenergie. Luxemburg hat bereits angekündigt, sich der Klage anzuschließen. Weltweit gehen 90 Prozent der Investitionen im Energiebereich derzeit in erneuerbare Energien. Das ist kein Luftschloss. Das sind reale Finanzflüsse.

Herr Androsch, der französische Präsident Emmanuel Macron bringt immer wieder Minikernkraftwerke, sogenannte Small Modular Reactors, vor. Ist ihre Umsetzung nicht unrealistisch, weil wir im Klimaschutz sehr wenig Zeit haben?

Androsch: Forschung muss man vorantreiben und Innovationen, die daraus folgen, umsetzen – etwa die neue Technologie aus Kanada, den Dual-Fluid-Reaktor (ein Kernreaktor-Konzept, das Vorteile des Flüssigsalzreaktors mit metallgekühlten Reaktoren kombinieren will, Anm.). Wir müssen auch daran denken, dass wir weiter fossile Energieträger werden nutzen müssen und den CO_2-Ausstoß einfangen, lagern und recyclen. Wir müssen endlich technologieoffen sein und nicht stur auf diesem Standpunkt beharren, statt wahrzunehmen, was alles möglich geworden ist.

Sie sprechen von Geoengineering und ähnlichen Technologien. Frau Ministerin, gibt es in Österreich Technologieskepsis?

Gewessler: Ganz und gar nicht – im Gegenteil. Nur halte ich nichts davon, Mythen nachzulaufen, die längst überholt sind. Die Ankündigung von Präsident Macron, in kleine, flexible Reaktoren investieren zu wollen, hat er vor einigen Jahren fast wortgleich gemacht. Wir haben alles, was wir brauchen, um unser System in ein sauberes, flexibles und erneuerbares Energiesystem umzubauen. Das Schöne dabei ist: Es ist auch ein Investitionsschub für unsere Wirtschaft. Ich beschäftige mich liebend gern damit, wie ich die Arbeitskräfte bei Installateuren sicherstelle. Genau das ist die Diskussion, die wir führen müssen, und nicht: Wie rede ich mir eine Technologie wie die Nuklearenergie schön, die ihre Probleme seit 30 Jahren in keiner Weise gelöst hat. F



Wieso Atomstrom bald als „grün" gelten könnte

::**Am letzten Tag des Jahres 2021,** kurz vor Mitternacht, präsentiert die EU-Kommission einen Vorschlag: Erdgas und Atomkraft sollen mit einer Novelle der sogenannten Taxonomie-Verordnung vorerst als klimafreundliche Energieformen gelten, Investments in sie so attraktiver werden. Schließlich will die EU Treibhausgasemissionen bis 2050 netto auf null bringen.

Das sorgt für Debatten: Frankreich, das knapp 70 Prozent des Stroms nuklear produziert, aber auch kohleabhängige Länder wie Polen plädieren dafür. Laut Präsident Emmanuel Macron könne man so Investoren für Neubau und Sanierung der Reaktoren gewinnen – Klimaschutz dank Atomkraft – und den Ausstieg aus der fossilen Energie überbrücken.

Deutschland, Luxemburg, Portugal, Dänemark und Österreich sind dagegen. Ihre Kritik? Die nachhaltige Taxonomie werde so untergraben. Erdgas ist zwar CO_2-ärmer als Braunkohle und Heizöl, aber deshalb noch lange nicht grün – vor allem mit Blick auf Methanlecks an Leitungen. Atomkraft sei zu langsam ausbaufähig, zu teuer und zu risikoreich, so eine Analyse internationaler Experten der Scientists for Future.

Mycle Schneider, Herausgeber des „World Nuclear Industry Status", sieht Europas Zukunft nicht in der Kernkraft: Gerade Frankreich zeige Probleme mit dem Energieträger auf – von Anomalien in Reaktoren bis hin zu Versorgungslücken. Dass sich Atomkraftwerke nicht so schnell bauen lassen, zeigen Beispiele von Frankreich bis Finnland.

Und dann sind da noch die Emissionen: Im Lebenszyklus eines Atomkraftwerks – inklusive Uranabbau, Transport und Bau – fallen bis zu 110 Gramm CO_2 pro Kilowattstunde an. Photovoltaik und Windkraft kommen auf 33 beziehungsweise sieben bis neun Gramm. Will die Welt bis 2050 klimaneutral wirtschaften, so Klimaschutzorganisationen, bleibe keine Zeit für Brückentechnologien wie Atomkraft oder Erdgas.

Am 2. Februar will die Kommission ihren endgültigen Vorschlag für die Verordnung verkünden. Ob sich noch viel ändert, ist fraglich. F

FALTER Radio

Eine lange Version des Streitgesprächs hören Sie im Falter Radio
www.falter.at/radio
Der Podcast mit Raimund Löw
www.falter.tv

META Communication International
Zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.
Anfragen zu weiteren Nutzungsrechten an den Verlag oder Ihren Medienbeobachter